



Russland und der Türkei (wird zurzeit verhandelt), mit oft fatalen Folgen für die Betroffenen.

Innenministerkonferenz lehnt Abschiebestopp für Roma ab

Die Konferenz der Innenminister hat am 3./4. Dezember 2009 in Bremen nicht auf den geforderten Abschiebestopp für Roma reagiert. Nun droht auf Grundlage eines Abkommens der Bundesregierung mit der Republik Kosovo rund 15.000 Menschen, darunter 10.000 Roma, die Abschiebung in den Kosovo. Dort erwartet sie ein Leben ohne Perspektive. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 90% und es gibt kaum Infrastruktur. Zudem sind Roma im Kosovo ständiger Diskriminierung ausgesetzt und müssen in Angst vor Übergriffen und Pogromen leben.

Mit dem Abkommen wurde zugleich die Zentralisierung der zuständigen Abschiebebehörden festgelegt. Für die nördlichen Bundesländer ist die zentrale Ausländerbehörde Bielefeld, für den Süden das Regierungspräsidium Karlsruhe zuständig.

Von Abschiebungen bedroht sind bundesweit auch etwa 7.000 MigrantInnen aus Syrien, weil ein Rücknahmeabkommen mit Damaskus abgeschlossen wurde. Nachweislich wurden inzwischen mehrere Betroffene nach ihrer Ankunft in Syrien inhaftiert und gefoltert, selbst das auswärtige Amt warnt vor Abschiebungen nach Syrien – den Innenministern ist das egal!

Abkommen auf EU-Ebene gibt es beispielsweise auch mit Marokko, Sri Lanka, Pakistan, Algerien, China,

Darüber hinaus erwächst Deutschland nicht nur aus der Zeit des Nationalsozialismus eine Verantwortung gegenüber den Roma. Der Krieg gegen Jugoslawien, den Deutschland durch seine Politik maßgeblich vorangetrieben hat, führte zu massenhafter Flucht von ethnischen Minderheiten aus dem Kosovo. Es wird Zeit, dass Deutschland auch dieser Verantwortung endlich gerecht wird.

Für ein humanitäres und dauerhaftes Bleiberecht!

Gegen die drohenden Abschiebungen von 1.200 Roma aus Baden-Württemberg haben der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, die Caritas und die Diakonie im November 09 beim Stuttgarter Landtag eine Petition mit der Forderung nach einem „sofortigen Abschiebestopp und einem humanitären Bleiberecht für Roma“ eingereicht.

Über 3.500 Menschen haben bislang einen Aufruf von Pro Asyl, der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes / Bund der Antifaschisten und von Flüchtlingsräten nach einem „dauerhaften Aufenthaltsrecht für Roma“ unterzeichnet.

Im Dezember 1938 erging der Runderlass von Heinrich Himmler „zur Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen der Rasse heraus.“ Über 500.000 Roma und Sinti wurden daraufhin unter der Nazi-Herrschaft in Europa ermordet.

Die Unterzeichnenden des Aufrufes verlangten von den staatlichen VertreterInnen auf allen Ebenen einen anderen Umgang mit Angehörigen von Gruppen, die während des Faschismus verfolgt wurden. Die BRD wird daher aufgefordert, ihre historische Verantwortung als Nachfolgestaat Nazideutschlands wahr zu nehmen und als Konsequenz den Roma ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu geben, anstatt sie in den Kosovo abzuschicken.

Unterzeichner_innen(7.3.10): Antifaschistisches Kollektiv Bühl[AKB], AG Soziale Kämpfe, AKI, Aktion Bleiberecht Freiburg (ABr), Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main, alarm e.v. offenburg, anarchistische Gruppe Mannheim (agm), anarchistische Gruppe Ortenau [ago], Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR), antirepressionsgruppe mittelbaden, Autonome Antifa Karlsruhe, Bayerischer Flüchtlingsrat, Bezirk ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald, Bleiberechtkollektiv Bern (CH), Bündnis gegen Abschiebungen (BgA) Mannheim, DBG Ortsverband Ettlingen/Malsch/Albtal, DIE LINKE / KV Freiburg, Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis, Förderverein für antifaschistische Kultur e.V., FAU Freiburg, Freiburger Friedensforum, Gewerkschaft ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald, GRÜNE Alternative Freiburg, Hendrijk Guzzoni Stadtrat der Linken Liste-Solidarische Stadt in Freiburg, Hessische Flüchtlingsrat, Infoladen Karlsruhe, Interventionistische Linke Karlsruhe, jungeWelt-Leser_innen-Initiative, Kein Mensch ist illegal / No Border Darmstadt, kein mensch ist illegal Hanau, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Menschenrechtsgruppe augen auf Zürich/ Schweiz, rasthaus Freiburg, Refugees Welcome Zürich, RSB, SAV, Sozialistische Linke Karlsruhe, Jürgen Grässlin / Vorsitzender Rüstungsinformationsbüro (RIB) Freiburg, Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA), The Voice forum, tuebingen buendnis gegen abschiebehaft, VVN-Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg